



2012/11 Ausland

<https://shop.jungle.world/artikel/2012/11/werben-um-die-wutbuenger>

Die US-Republikaner im Wahlkampf

Werben um die Wutbürger

Von **William Hiscott**

Mitt Romney gilt in den USA als Favorit für die Präsidentschaftskandidatur der Republikaner, doch seine Konkurrenten wollen nicht aufgeben.

Newt Gingrich hat keine hohe Meinung von Mitt Romney, seinem Mitbewerber um die Präsidentschaftskandidatur für die US-amerikanischen Republikaner. Dieser wäre der »schwächste Spitzenreiter seit 90 Jahren«, urteilte der Hobbyhistoriker und ehemalige Sprecher des US-Repräsentantenhauses aus Georgia. Mit einem Vergleich illustrierte Gingrich seinen Plan, die Nominierung des derzeit führenden Romney beim Parteitag Ende August in Tampa im Bundesstaat Florida zu verhindern: 1920 schien es, als werde der ehemalige Stabschef der Armee, Leonard Wood, zum Kandidaten der Republikaner erkoren, und beim Nominierungsparteitag sammelte er zwar in den ersten acht Wahlgängen die meisten Delegierten hinter sich, errang aber nicht die erforderliche Mehrheit. Im zehnten Wahlgang siegte schließlich Senator Warren G. Harding, der als Außenseiter galt, aber anschließend die Präsidentschaftswahl haushoch gegen seinen demokratischen Kontrahenten gewann. Sofern die bisherige Tendenz bei den Vorwahlen weiter anhält, könnte Romney zwar wie Wood vor dem Parteitag die meisten Delegierten hinter sich haben, aber nicht die Mehrheit. Die Hoffnung Gingrichs: Irgendwann während der Kampf Abstimmungen könnte sich die Mehrheit für ihn entscheiden.

Doch bis dahin ist es ein weiter Weg. Noch steht gut die Hälfte der Vorwahlen bevor, und bis Ende Juni könnte Romney es schaffen, eine ausreichende Zahl von Delegierten zu gewinnen. Der Zweitplatzierte ist momentan Rick Santorum, ein ehemaliger Senator aus Pennsylvania. Er könnte es schaffen, immer mehr Konservative, christliche Fundamentalisten und Anhänger der Tea-Party-Bewegung auf seine Seite zu bringen. Wenn Gingrich, der derzeit lediglich Aussichten auf Siege im tiefen Süden des Landes hat, zugunsten von Santorum aufgeben würde, hätte dieser eine größere Chance, Romney zu schlagen.

Gingrich kann als erkonservativer Kampfhund der Republikaner gelten. Er organisierte den Siegeszug der Partei bei den Kongresswahlen 1994 und damit die Übernahme des Repräsentantenhauses nach Jahrzehnten demokratischer Kontrolle, verließ Washington jedoch kaum fünf Jahre später, geplagt von Skandalen, erwiesenen Fällen von Korruption und Vorteilsnahme sowie einer Reihe von Ehebrüchen. Über einige Fehltritte mag das republikanische Establishment hinwegsehen, doch Gingrich verließ seine ersten zwei Ehefrauen, während sie ernsthaft krank waren, und kann schwerlich als musterhafter Familienvater

präsentiert werden. Bereits vor einigen Monaten gab Nancy Pelosi, die Minderheitsführerin der Demokraten im Repräsentantenhaus, mit offenkundiger Freude bekannt, dass sie im Falle einer Nominierung Gingrichs auf eine sehr dicke Akte kompromittierenden Materials zugreifen könne. Das Establishment der republikanischen Partei steht überwiegend hinter Romney, hat allerdings längst die Kontrolle über den laufenden Nominierungsprozess verloren. 2010 lockerte das Oberste Gericht die Regulierung der Wahlkampffinanzierung und ermöglichte so, dass Präsidentschaftskandidaten durch Millionenbeträge weniger reicher Gönner finanziert werden können. Romney wird von einigen Dutzend solcher Gönner unterstützt, während Gingrich und Santorum mit den Spenden einer Handvoll Geschäftsmänner ihre Kampagnen finanzieren müssen. Der rechtslibertäre und recht chancenlose Kandidat Ron Paul genießt die großzügige Unterstützung lediglich eines reichen Geschäftsmanns, Peter Thiel, des ehemaligen Paypal-Gründers, der nun in Informatik-Startups wie Palantir, eine Dataming-Firma im Dienst der US-Behörden, investiert.

Doch nicht allein wegen der Neuregelung der Wahlkampffinanzierung hat die Parteiführung die Kontrolle über den Nominierungsprozess weitgehend eingebüßt. Nach dem monatelangen Wahlkampf um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten 2008 zwischen den beiden damaligen Senatoren Barack Obama und Hillary Clinton – die Kandidatur für die Republikaner hatte Senator John McCain sich innerhalb weniger Wochen gesichert – wollte die republikanische Partei von einer ähnlich langen Periode öffentlich beachteter Vorwahlen profitieren. Das Republikanische Nationale Komitee beschloss die proportionale Verteilung der Delegierten, kein Kandidat sollte bereits in den ersten Vorwahlen die Mehrheit der Delegierten hinter sich sammeln können. Was das Komitee jedoch nicht bedachte, war die Möglichkeit, dass gleich vier Kandidaten versuchen, bis zum Ende im Rennen zu bleiben, und dass sie einander so erbittert bekämpfen würden.

Der Aufstieg Santorums ist vor allem das Ergebnis einer Reihe von katastrophalen Fehlritten anderer Kandidaten wie Rick Perry und Herman Cain. Bis zu den ersten Vorwahlen in Iowa im Januar lag der stramm christlich-fundamentalistische Katholik aus der Bergregion Pennsylvanias in den Umfragen unter fünf Prozent. Anfänglich ohne Unterstützung eines reichen Gönners, bereiste Santorum im vergangenen Jahr monatelang alle 99 Landkreise Iowas, statt sich um die nationalen Umfragen und um die Unterstützung des Establishments zu kümmern. Wie ein reisender Erweckungsprediger sprach er die dort einflussreiche christliche Wählerschaft an und gewann die Vorwahlen mit wenigen Stimmen Vorsprung.

Santorum ist bei den christlichen Wählern aus ländlich geprägten Milieus populär. Als Kind der ehemaligen Bergbauggebiete im westlichen Pennsylvania erreicht er aber auch die konservative Mittelschicht und die Arbeiter, er gilt als werteorientierter Repräsentant des »kleinen Mannes«. Seine offen zur Schau getragenen Ressentiments gegen Homosexuelle, Muslime und die gebildete Elite sowie seine verdeckte Bigotterie gegen Minderheiten kommen offenbar bei vielen vom wirtschaftlichen Abstieg Bedrohten gut an.

Der seit jeher von den Konservativen in der Partei als zu moderat beurteilte Romney wirkt dagegen wie ein Vertreter der elitären Oberschicht, auf die – nicht zuletzt dank der »Occupy«-Bewegung – auch die rechten Wutbürger in den USA nicht gut zu sprechen sind. Obgleich diese Republikaner Multimillionäre wie Romney nicht prinzipiell ablehnen, löst die kulturelle Kluft zwischen dem Leben der Reichen und dem der Kleinbürger Misstrauen aus.

So kommt Santorum bei den Anhängern der Nascar-Autorennen gut an, weil er den Anschein erweckt, dass er Gefallen an diesem traditionellen patriotisch-konservativen Spektakel findet. Romney hingegen fiel in der vergangenen Woche negativ auf, weil er auf Anfrage nicht etwa für

bestimmte Fahrer oder Rennautos schwärmte, sondern vielmehr damit prahlte, dass er bei Parties und auf Yachten die Freundschaft mit den Eigentümern der Rennställe pflege. So kann für ihn auch die Unterstützung reicher Spender zum Nachteil werden.

Obama kann derweil das Spektakel genießen. Wenn der innerparteiliche Streit der Republikaner erst Ende August entschieden werden sollte, hätte Obamas Gegenkandidat lediglich acht Wochen Zeit, um sich vor der Wahl Anfang November gegen den amtierenden Präsidenten zu profilieren, der dann wohl mehr als 700 Millionen Dollar in der Wahlkampfkasse gesammelt haben wird. Obama muss sich nicht bemühen, die republikanischen Kandidaten zu diskreditieren, da diese einander auch ohne sein Zutun als unfähig, unehrlich und ungeeignet für die Präsidentschaft bezeichnen. Selbst wenn Romney vor dem Parteitag in Tampa die Kandidatur für sich gewinnt, könnte der mit großer Härte geführte Konkurrenzkampf die Aussichten der Republikaner auf einen Sieg mindern.